



HSGB
HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Vorsitzender des Innenausschusses des
Hessischen Landtages
Herrn Christian Heinz (MdL)
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Vorab per Mail: c. lingelbach@ltg.hessen.de; m.mueller@ltg.hessen.de

Referentin Frau Adrian
Abteilung 2.1
Unser Zeichen Adr-JP

Telefon 06108 6001-5 1
Telefax 06108 6001-5 7
E-Mail hsgb@hsgb.de

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom

Datum 13.12.2022

Gesetzentwurf Fraktion der Freien Demokraten

Gesetz zur Stärkung der Rolle der Kommunen auf EU-Ebene (DRUCKS.20/9252)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung des obigen Gesetzentwurfes mit der Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Soweit in der Gesetzesbegründung zum Gesetzentwurf ausgeführt wird, dass die Städte und Gemeinden zunehmend mit europarechtlichen Fragestellungen konfrontiert werden sehen wir dies im Rahmen unserer Beratungspraxis in gleicher Weise. Insgesamt betrifft dies vornehmlich die baurechtlichen sowie naturschutzrechtliche Bereiche, wie auch das Vergaberecht. Auch die Problematik, wie die Städte und Gemeinden europäische Fördermittel erwirken können stellt sich oftmals.

Soweit der Gesetzentwurf insoweit vorsieht, dass die Gemeinden einen Beauftragten für europabezogenen Aufgabenbereich bestellen sollen und dieser grundsätzlich ehrenamtlich tätig und nicht an Weisungen gebunden sein soll, halten wir dies allerdings für nicht

**Hessischer Städte- und
Gemeindebund e.V.**
Henri-Dunant-Str. 13
D-63165 Mühlheim am Main
Telefon 06108 6001-0
Telefax 06108 6001-57

BANKVERBINDUNG
Sparkasse Langen-Seligenstadt
IBAN DE66 5065 2124 0008 0500 31
BIC: HELADEF1SLS
Steuernummer: 035 224 14038

PRÄSIDENT
Matthias Baaß
ERSTER VIZEPRÄSIDENT
Markus Röder
VIZEPRÄSIDENT
Thomas Scholz

GESCHÄFTSFÜHRER
Harald Semler
Johannes Heger
Dr. David Rauber



zielführend. In den speziellen Fachbereichen und insbesondere im Vergaberecht ist mittlerweile ein hohes Spezialwissen, was insbesondere auch das Europarecht angeht, erforderlich. Hier ist es erforderlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jeweils umfassend zu schulen und ihnen die europäischen Besonderheiten näher zu bringen. Mit einem Beauftragten, der ehrenamtlich tätig sein soll, wäre dies mit Sicherheit nicht zu leisten. Dieser müsste in den verschiedensten Fachbereichen Experte für Europarecht sein, was im Zweifel lediglich mit einem besonderen Fachwissen möglich wäre. Auch für den Bereich der europäischen Fördermittel wird es ebenfalls als wenig sinnvoll angesehen, dass sich jede Kommune mit ihrem Beauftragten einen Überblick über die Fördermittel verschafft. Hier ist darauf zu verweisen, dass das Land Hessen mit den Fördermittellotsen bereits ein Angebot geschaffen hat, das dem Grunde nach geeignet ist, entsprechende Kenntnisse zentral zu sammeln und den Kommunen aus einer Hand zur Verfügung zu stellen. Nach hiesiger Auffassung wäre es unbedingt sinnvoll, das bestehende zentrale Beratungsangebot beizubehalten und erforderlichenfalls weiter auszubauen. Das Land sollte insoweit zentrale Kompetenzen vorhalten, die die einzelnen Städte und Gemeinden und Landkreise in sinnvoller Weise nicht aufbauen können.

Im Übrigen ist darauf zu verweisen, dass es für die Städte und Gemeinden unakzeptabel ist, dass diese generell einen Beauftragten bestellen sollen. Die insoweit formulierte Soll-Vorschrift bedeutet, dass die Gemeinde hiervon nur in begründeten Ausnahmen abweichen kann. Gerade für die kleineren und mittleren Gemeinden ist die Bestellung eines zusätzlichen Beauftragten mit den erforderlichen Einbindungen nicht mehr zu leisten. Sie verfügen bereits über eine Vielzahl von Sonderbeauftragten, so beispielsweise eine kleinere Kommune im Main-Kinzig-Kreis über einen Gleichstellungsbeauftragten, einen Anti-Korruptionsbeauftragten, einen Behindertenbeauftragten, einen Seniorenbeauftragten, einen Brandschutzbeauftragten, einen Sicherheitsbeauftragten, eine Fachkraft für Arbeitssicherheit, einen IT-Notfall- Beauftragten, einen Digitalisierungsbeauftragten, einen Datenschutzbeauftragten und einen Informationssicherheits-Beauftragten, also insgesamt bereits über 11 Sonderbeauftragte. Die Installation eines weiteren Beauftragten halten wir auch aus diesem Grunde für unangemessen.

Soweit in dem Gesetzentwurf des Weiteren geregelt ist, dass der Beauftragte Anträge mit Europabezug an die Gemeindevertretung und die Ausschüsse stellen kann, ist anzumerken, dass entsprechende Antragsrechte nur für gewählte Mandatsträger bestehen. Auch die anderen Beauftragten, verfügen über kein eigenes Antragsrecht.

Nicht akzeptabel ist auch, dass der Beauftragte nicht an Weisungen gebunden sein soll. Diese Regelung widerspricht § 70 Abs. 1 S. 2 HGO, wonach der Bürgermeister/die Bürgermeisterin den Geschäftsgang der gesamten Verwaltung leitet und beaufsichtigt und für den geregelten Ablauf der Verwaltungsgeschäfte sorgt. Es muss also immer möglich sein, dass der Bürgermeister/die Bürgermeisterin hier entsprechende Vorgaben macht.

Soweit darüber hinaus geregelt ist, dass die Gemeinde eine Satzung erlassen soll, die unter anderem Regelungen zur Wahl des kommunalen Europabeauftragten enthält, steht dies im Widerspruch zu der Regelung in Abs. 1, wonach der Beauftragte „bestellt“ werden soll. Eine Übertragung bzw. Bestellung von ehrenamtlichen Tätigkeiten erfolgt gem. § 21 Abs. 2 HGO durch den Gemeindevorstand. Hier stellen sich die Formulierungen im Gesetzentwurf als unklar dar. Was die Entschädigung des amtlich bestellten Europabeauftragten angeht, ist auf § 27 HGO zu verweisen. Insofern wären entsprechende Regelungen in der Entschädigungssatzung vorzusehen.

Insgesamt empfehlen wir von dem Gesetzentwurf Abstand zu nehmen. Die Kommunen sollten durch zentrale Maßnahmen des Landes bzw. der Landkreise in europarechtlichen komplexen Themen gestärkt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Heger
Geschäftsführer